

Heute vor 60 Jahren



4.6. 1958: De Gaulle in Algerien. Am 1. Juni 1958 hatte General Charles de Gaulle das Amt des französischen Ministerpräsidenten angetreten, und schon drei Tage später begab er sich nach Algerien, in den Krisenherd Nr. 1 aus französischer Sicht. Denn dort hatten sich die Algerien-Franzosen erhoben, sie forderten ein «Algérie française», also Algerien als französische Kolonie zu erhalten. Der Aufstand hatte im November 1954 begonnen und endete am 5. Juli 1962 mit der Unterzeichnung der Verträge zur Unabhängigkeit des Landes. Bis dahin hatte sich auch in Frankreich selbst einiges getan: «La Grande Nation» hatte von der Vierten zur Fünften Republik gewechselt und Charles de Gaulle, der im Zweiten Weltkrieg den Widerstand der Franzosen angeführt hatte, war mittlerweile Staatspräsident. Foto Keystone

Briefe

Gehört der Islam zu Europa?

Tugendwächter und Gesinnungs-diktatoren; BaZ 28.5.18

Trägt nicht jeder Muslim in seinem Kopf, egal ob dominant oder versteckt, die «frohe Botschaft» mit sich, dass der Islam, samt Gottesstaat und Scharia, die ultimative Lösung der Welträtsel ist? Judentum, Christentum, auch Hinduismus, Buddhismus und alles Übrige sind nur längst überwundene, ungläubige Vorstufen, und jetzige gelegentlich versöhnliche muslimische Töne sind nur Zwischenstufen zum leuchtenden Fernziel: der Herrschaft Allahs über den Planeten. Auch für heutige Muslime ist unvergessen, dass 1291 die Kreuzfahrer ins Meer geworfen wurden und dass Wien zweimal, 1529 und 1683, todgefährlich belagert wurde. Mohammeds Gebot, im Koran mehrfach verbürgt, gegenüber Nichtmuslimen lautet totalitär: «Schlagt sie tot!»

Wie lautet hierauf die Antwort unseres säkularen Westens mit seinen gefährdeten Menschenrechten und Rechtsstaat- und Demokratieformen? Müssen wir uns warm anziehen?

Ja aber, sagt mir meine Enkelin, es gibt doch bei uns so viele friedfertige, kulturell interessante Muslime! Muss ich mich jetzt warm anziehen?

Thomas Grüter, Basel

Ist diese Initiative wirklich gut?

Mit 92 Jahren aus der Wohnung gedrängt; BaZ 1.6.18

Natürlich ist es wirklich schrecklich, wenn langjährige Mieterinnen und Mieter aus der Wohnung gedrängt werden. Aber gehen wir weg von der Emotionalität des Themas. Wir alle wissen, dass man nie weiss, was das Leben bringt. Nehmen wir an, die Wohnschutzinitiative kommt durch. Und es kommt, wie es leider auch vorkommt: Man verliert trotz allem die Wohnung – nehmen wir an durch einen Brand, einen grossen irreparablen Wasserschaden oder Ähnliches. Gerade weil man nie weiss,

wie das Leben so spielt, haben genau dann ältere Personen kaum mehr eine Chance auf dem Wohnungsmarkt. Gerade, weil sie unkündbar sein werden, gerade darum!

Noch einmal: Nicht alle Vermieterinnen und Vermieter sind rücksichtslos. Die «Anständigen» fühlen sich massiv betroffen von immer mehr Einschränkungen, Vorgaben, Gesetzen, Gebühren. Das wirkt sich schlecht aus auf die Lust, Immobilien zu erhalten, zu renovieren, zu pflegen und freizugeben für Mitmenschen. Die Initiativen meinen die Rücksichtslosen und pressen alle in einen Sack. Es braucht andere Instrumente, um hier eingreifen zu können. Und auch das wissen wir: Missbrauch wird mit den stärksten Gesetzen nie verhindert werden können.

Beatrice Isler, Basel

Ressourcen und Umwelt schonen

Zur PR-Offensive der Schweizer Rheinsalinen

Zurzeit wird diskutiert in Muttenz. Und ja, ich habe die Bohrungen beim Egglisgraben zu jeder Tages- und Nachtzeit auch als störend empfunden. Die Salinen, im Schulterschluss mit der Bürgergemeinde Muttenz, bemühen jetzt den Umweltschutz, die Arbeitsplätze und den Wirtschaftsfaktor «Saline» für die Region.

Es wird angeführt, dass die Schweiz zur Aufrechterhaltung einer autarken Versorgung mit Salz zwingend neue Felder erschliessen muss. Sonst sei ab 2025 die Eigenversorgung nicht mehr gewährleistet. Na und? Sind wir bei Öl und Benzin, bei Lebens- und Bütermitteln, Kleidern, Autos, Chemikalien aller Art et cetera Selbstversorger? Wohl eher zwischen 0 und 35 Prozent. Aber bei Salz, da müssen es ja 100 Prozent sein, ach ja? Weil das seit Jahrhunderten so geschrieben ist?

Jede Volkswirtschaft konzentriert sich sinnvollerweise auf das, was sie am besten kann und sogar noch ökologischer Sinn macht. Salz, mitunter ein Produkt, von welchem es auf der Erde eher zu viel als zu wenig gibt, selber abbauen

und unter enormem Verbrauch von fossilen Energieträgern (Gas) aufzubereiten, gehört bestimmt nicht dazu. Das wäre in etwa so wünschenswert, als würden wir die Berge zu Sand mahlen, anstatt den Sand bereits gemahlen aus der Wüste zu importieren. Mit Eigenversorgung und Arbeitsplätzen kann man aber selbst das vertreten.

Die Zeiten der Salzmonopole sind vorbei und auch in der Schweiz wäre es an der Zeit, über eine Auflösung zu sprechen. Wenn schon CO₂ reduziert und die Umwelt geschont werden soll, dann ist es naheliegend, dass ab 2025 80 Prozent des Kochsalzes aus dem Mittelmeerraum importiert wird. Dort nämlich liegt es im Meer bereits in gelöster Form vor. 100 Prozent Sonnenenergie übernimmt dann die Aufarbeitung (Eindampfung und Trocknung). Alle gewinnen: die CO₂-Bilanz der Schweiz wird besser, man verschleudert nicht unnötig viel Geld in die Erschliessung von (sehr) kleinen Gebieten, wo das Salz tief im Boden liegt und die bestehenden Reserven halten länger.

Die Anlagen der redimensionierten Salinen liefern weiterhin noch 20 Prozent des Salzes und halten dadurch Teile der bestehenden Anlagen in Betrieb und dienen als Backup.

So könnte man mal starten und wird merken, es tut nicht weh, es geht sogar immer besser. Daniel Aebersold, Muttenz

Ein einfach nur ärgerlicher Schreiber

Die Singularität der Sehnsucht; BaZ 30.5.18

Bitte verschonen Sie Ihre Leserschaft inskünftig vom «grenzenlosen Ichismus» Ihres Bonsai-Hemingway M. Bahnerth und seine «sogigen Morast des Seins trotz pflickbaren Blumen am Wegrand». Seine Art zu schreiben ist einfach nur ärgerlich. Kurt Walder, Basel

Ein kreativer Sprachkünstler

Da ist er endlich wieder, der kreative Bahnerth, der Sprachkünstler, nicht der

langweilige und banale Magistratenleidiger. Wobei Timmerberg natürlich ein dankbares und endloses Thema ist. Letzterer Rastlose stammt aus einer Zeit, die im Endeffekt doch kreativer war als die heutige Welt, die sich in der Digitalisierung verliert, welche die Verdummung fördert und der Fantasie nicht mehr viel Raum lässt.

Hanspeter Schmutz, Basel

Standortvorteil nicht gefährden

Zur Baselbieter Abstimmung über die Baubewilligungsgebühren

Massvolle Regulierungen und Gebühren – dazu gehören auch die Baubewilligungsgebühren – sind das A und O für die wirtschaftliche Entwicklung im Baselbiet und ganz besonders in Pratteln für unser Entwicklungsgebiet Salina Raurica. Mit der Aufhebung der Obergrenze der Baubewilligungsgebühren verspielen wir einen wichtigen Vorteil im Standortmarketing. Der Wettbewerb zur Ansiedlung attraktiver Firmen ist hart umkämpft. Mit jeder Abschaffung von Standortvorteilen schneiden wir uns ins eigene Fleisch. Deshalb Nein zu grenzenlosen Gebühren.

Stephan Burgunder, FDP
Gemeindepräsident Pratteln

Blindflug mit den höheren Gebühren

Der Landrat will die Baubewilligungsgebühren schon wieder anheben. Diesmal offiziell nur für die grossen Bauten. Doch hat das Volk erst einmal Ja gesagt, hat die Regierung freie Hand zur eigenständigen Festlegung der Gebühren. Das Gefährliche an der Vorlage: Es bleibt unklar, wie stark die Gebühren tatsächlich ansteigen und wer von der zusätzlichen Belastung konkret betroffen sein wird. Nur mit einem Nein am 10. Juni können wir verhindern, dass das Bauen und damit die Wohnkosten für alle – Hauseigentümer und Mieterinnen und Mieter – noch mehr ansteigen. Hanspeter Weibel, Bottmingen, Landrat SVP/Präsident GPK

Einspruch

Sicherheit auf den Strassen um jeden Preis?

Von Beat Böhlen

Zum Thema Strassensicherheit hat die BaZ schon diverse Artikel veröffentlicht. Man könnte auch sagen: Dabei geht es um übermotiviertes Handeln der Verwaltung.

Es gab eine Zeit, da wurde Grundbesitzern Land weggenommen, um die Strassen zu verbreitern, heute werden diese wieder zurückgebaut. Man versucht alles, mit glücklicheren oder meist fragwürdigeren Massnahmen, den Verkehr einzudämmen, zu kanalisieren oder zu verhindern, meist unter dem Deckmantel Sicherheit.

Für mich ist Sicherheit, wenn ich hindernisfrei von A nach B komme, egal ob mit dem Auto, Töff, Velo oder zu Fuss. Unnötige Stelen, Tafeln, Pfosten, Pseudokreisel, Verengungen und vor allem Absätze jeglicher Art müssten von mir aus bekämpft, verhindert oder sogar zurückgebaut werden. Diese Absätze bringen rein gar nichts – ausser dass sie die Velofahrer, Rollatorbenutzer und Fussgänger, die sich den Fuss «vertrampen», ärgern und schikanieren.

Rüpelhafte Mitmenschen

Finden Sie dies extrem? Ich nicht, wir haben Tempolimits von der Autobahn 120 km/h bis zur Spielstrasse 20 km/h und die sollten doch eigentlich genügen bei vernünftigen Mitmenschen jeglicher Art. All die aufgezählten Hindernisse nützen nichts bei rüpelhaftem Benehmen von Mitmenschen. Dazu zähle ich nicht nur die mit Motor oder Batterie betriebenen Fahrzeuge, sondern auch die mit Kopfhörer gesteuerten Fussgänger, die blindlings auf die Strasse laufen.

Für die Trottoir-Abschlüsse im Zentrum aus den Nebenstrassen gibt es von mir einen Kaktus.

Die Gemeinde Reinach wurde kürzlich bei den Kleinstädten auf den zweiten Platz für ihre Velowege gesetzt, dies verdankt sie hauptsächlich den Durchgangswegen von Münchenstein nach Aesch der Birs, dem Tram und dem Bruderholz entlang. Leider hat es auch dort Schwellen, die nicht nötig sind, vor allem eingangs Langrüttliweg.

Sehr aktive Verwaltung

Für die Trottoirabschlüsse im Zentrum aus den Nebenstrassen erhalten sie von mir einen Kaktus. Es darf nicht sein, dass ich bei der Strassenüberquerung bei der Tramhaltestelle Landererstrasse sieben Randabsätze als Hindernis habe. Solche Beispiele gibt es jede Menge, und die stören den Automobilisten natürlich nicht. Stören könnte jedoch die geplante Verengung Hinterlindenweg/Brunngasse. Laut Kantonspolizei ereignete sich dort in den letzten fünf Jahren kein einziger Verkehrsunfall.

Was kostet uns dieser Sicherheitswahn? Ich frage mich, was darf unsere Verwaltung alles noch, vom Gemeinderat abgesehen, in Auftrag geben, bis sich Widerstand aus der Bevölkerung bildet?

Beat Böhlen, Reinach, ist parteilos.

An unsere Leserinnen und Leser

Wir veröffentlichen Briefe sowie Kommentare, die uns über baz.ch, Facebook (facebook.bazonline.ch) oder Twitter (@bazonline) erreichen. Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigen Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank.
http://verlag.baz.ch/leserbrief
oder per E-Mail: **leserbrief@baz.ch**
Postadresse: Basler Zeitung,
Leserbüro, Postfach 2250, 4002 Basel